

Die Bezirke geben die Fünfliber-Idee auf

Die Idee, dass die Schwyzer Bezirke für den Kanton beim Bund einspringen und Energiegelder in den Kanton zurückholen, wird fallen gelassen. Die Beschwerde ans Bundesgericht hat den Bezirksammännern die letzte Hoffnung genommen.

von Jürg Auf der Maur

Die Idee, mit einem Energie-Fünfliber beim Bund die dafür vorgesehenen CO₂-Gelder in den Kanton Schwyz zurückzuholen, ist tot. «Wir haben schweren Herzens entschieden, das Projekt aufzugeben», erklärt Sandro Patierno. Der Schwyzer Bezirksammann gilt als Schöpfer der Idee, dass pro Bezirksbürger fünf Franken ins laufende Budget aufgenommen werden, um diese Projekte fördern zu können. Sämtliche sechs Bezirksversammlungen haben dazu grünes Licht gegeben.

Ein Rechtsverfahren verunmöglicht nun aber, dass auch der Bezirk Einsiedeln die vorgesehenen 75 000 Franken beitragen kann (wir berichteten). «Eine Beschwerde ist bei uns eingetroffen», bestätigt der Sprecher des Bundesgerichts. «Vorgesehen war, dass alle sechs Bezirke gemeinsam mitmachen», sagt Patierno. «Wir müssen uns selber an unsere Vorgaben halten.» Diese Vorgabe kann nun nicht mehr eingehalten werden. Das Verwaltungsgericht gab dem Bezirksrat Einsiedeln zwar recht, das Urteil vom April wird nun aber vor Bundesgericht angefochten.

Dazu komme, so Patierno, das

Problem mit den Fristen. Denn diese laufen beim Bundesamt für Energie Ende Mai definitiv ab. Eine Verlängerung ist nicht mehr möglich. Im Weiteren komme dazu, dass demnächst vier neue Bezirksammänner vereidigt werden. «Wir wollen nicht, dass sie etwas zu Ende bringen müssen, das sie vielleicht so gar nicht wollten.» Die einzige Lösung wäre gemäss Patierno, dass eine oder mehrere Privatpersonen oder Firmen die 75 000 Franken für Einsiedeln vorschiesse, bis der Rechtsweg beendet sei. Doch auch da wären die Fristen einzuhalten. Persönlich sei er zwar überzeugt, dass die Gelder innert kürzester Zeit zusammengebracht werden könnten. Denn «die Unterstützung in der Bevölkerung für unsere Pläne ist hoch.» Patierno: «Manchmal ist es besser, etwas aufzugeben und seine Kräfte in neue Ideen zu investieren.»

Sammelfrist für GLP-Initiative läuft weiter

Damit bleibt die laufende Volksinitiative der Schwyzer Grünliberalen (GLP) vorderhand die einzige Möglichkeit, die Schwyzer Energieprogramme auf fixe Beine zu stellen – ausser

Parlament und Regierung kämen von sich aus zu einer anderen Entscheidung. «Die Unterschriftensammlung läuft gut. Aber wir sind eine kleine Partei und haben wenig Ressourcen», sagt GLP-Präsident Pietro Imhof. Ein möglicher Eingabetermin ist deshalb noch nicht festgelegt. Imhof geht davon aus, dass das entsprechende Gesetz frühestens 2021 in Kraft treten könnte.

Mit der «Geld zurück»-Initiative will die GLP erreichen, dass die CO₂-Gelder in den Kanton zurückkommen. Dafür würde ein Fonds geschaffen. Diesem soll künftig ein Sechstel des Schwyzer Anteils der Nationalbankgewinne zufließen. Die Initianten rechnen, dass so jeweils 4 Mio. Franken jährlich zusätzlich nach Schwyz fließen würden.

«Die Unterstützung in der Bevölkerung für unsere Pläne ist hoch.»

Sandro Patierno

Schwyzer Bezirksammann